

31. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- In welchem finanziellen Umfang hat Griechenland jeweils in den Jahren 2009 bis 2011 Rüstungsgüter aus Deutschland abgenommen, und um welche Güter handelte es sich im Einzelnen?

Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer vom 21. Februar 2012

Die Bundesregierung verfügt über Informationen über die für den Export von ausfuhrgenehmigungspflichtigen Gütern erteilten Ausfuhrgenehmigungen, jedoch grundsätzlich nicht über alle auf deren Grundlage tatsächlich exportierten Güter. Die tatsächlichen Ausfuhren sonstiger Rüstungsgüter werden statistisch nicht erfasst. Nur bei den dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegenden Kriegswaffen erfasst das Statistische Bundesamt im Rahmen des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs die tatsächlichen Ausfuhren entsprechend der Systematik der Kriegswaffenliste.

Über die tatsächlich erfolgte Ausfuhr von Kriegswaffen berichtet die Bundesregierung daher auch in ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht. Ausweislich der entsprechenden Rüstungsexportberichte wurden im Jahr 2009 Ausfuhren von Kriegswaffen nach Griechenland im Gesamtwert von 42,821 Mio. Euro und im Jahr 2010 im Gesamtwert von 403,487 Mio. Euro durchgeführt. Die erhebliche Steigerung des tatsächlichen Ausfuhrwerts von Kriegswaffen basiert auf der 2010 erfolgten Ausfuhr eines U-Boots der Klasse 214 nach Griechenland, dessen Herstellung bereits am 21. Februar 2000 genehmigt wurde. Außerdem wurden Panzerhaubitzen nebst Zubehör an Griechenland ausgeführt.

Im Jahr 2009 wurden für Lieferungen von Gütern, die von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anhang zur Außenwirtschaftsverordnung) erfasst werden, 149 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von insgesamt rund 15,87 Mio. Euro erteilt. Diese umfassten die Ausfuhrlistenpositionen A0002, A0003, A0004, A0005, A0006, A0009, A0010, A0011, A0014, A0015, A0016, A0017, A0018, A0021 und A0022.

Im Jahr 2010 wurden für Lieferungen von Gütern, die von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anhang zur Außenwirtschaftsverordnung) erfasst werden, 103 Genehmigungen im Wert von insgesamt rund 35,79 Mio. Euro erteilt. Diese umfassten die Ausfuhrlistenpositionen A0002, A0003, A0004, A0005, A0006, A0009, A0010, A0011, A0014, A0016, A0017, A0018 und A0021.

Für das Jahr 2011 liegen noch keine entsprechenden Zahlen vor.

32. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Welche Verpflichtungen bestehen für Griechenland in diesem Jahr und in den nächsten Jahren zur Abnahme von Rüstungsgütern aus Deutschland, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass diese Verpflichtungen unverändert erfüllt werden müssen?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 21. Februar 2012**

Der Bundesregierung liegen keine Informationen zu den für griechische Kunden im Einzelfall bestehenden Verpflichtungen zur Abnahme von Rüstungsgütern aus Deutschland vor. Derartige Verpflichtungen sind in den Verträgen festgelegt, die von der deutschen Industrie mit ihren griechischen Kunden ausgehandelt worden sind. An derartigen Vertragsverhandlungen nimmt die Bundesregierung nicht teil. Erst im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu Exportanträgen wird die Bundesregierung mit der Sache befasst.

Die zwischenstaatlichen Vereinbarungen mit Griechenland sind vollständig erfüllt, es sind keine weiteren Verpflichtungen offen.

Im Rahmen der Verhandlungen über internationale Finanzhilfen an Griechenland wurden keine Beschlüsse zu konkreten Projekten bzw. einzelnen Haushaltspositionen gefasst. Auch zu Fragen der Rüstungspolitik wurden keine konkreten Festlegungen getroffen. Die Bundesregierung geht jedoch davon aus, dass auch der Rüstungsbereich von den umfassenden Sparmaßnahmen der griechischen Regierung, deren Einhaltung Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Kredittranche sind, betroffen sein wird.

33. Abgeordnete **Dorothea Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über konkrete Lieferengpässe bei der Gasversorgung in diesem Jahr vor (bitte einzeln aufschlüsseln), vor dem Hintergrund, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie verlauten ließ, es liege „ein Engpass im Netz beim Transport“ vor (siehe u. a. Handelsblatt vom 13. Februar 2012), und welche konkreten Eingriffsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um solche Engpässe (siehe u. a. Pressemitteilung der Stadtwerke Schramberg vom 6. Februar 2012) zukünftig zu vermeiden?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 17. Februar 2012**

Aufgrund einer ungewöhnlich starken Kältewelle in Russland mit Temperaturen, die um mehr als 15 Grad Celsius unter dem dort langjährigen Durchschnitt in dieser Jahreszeit lagen, kam es Anfang Februar 2012 zu einer Reduzierung der russischen Gaslieferungen am Grenzübergangspunkt Waidhaus um bis zu 30 Prozent. Aufgrund der gut gefüllten Speicher konnte die Versorgung sichergestellt werden. Wegen der hohen Nachfrage in Süddeutschland, die um bis zu 30 Prozent über dem ursprünglich erwarteten Wert lag, musste vermehrt Erdgas von Norden nach Süden transportiert werden, so dass die Leitungskapazitäten ausgelastet waren. Die Gasnetzbetreiber konnten mit marktüblichen Maßnahmen die vertragsgemäße Belieferung der Kunden sicherstellen. An einigen wenigen lokalen Stellen wurde vom zuständigen Netzbetreiber darüber hinaus gebeten, freiwillig den Gaskonsum zu beschränken.